

# Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei  
in der tschechoslowakischen Republik.

Bezugsbedingungen:

Bei Zustellung ins Haus oder  
bei Bezug durch die Post:  
monatlich . . . . . Ks 16.—  
vierteljährlich . . . . . 48.—  
halbjährig . . . . . 96.—  
ganzzährig . . . . . 192.—

Rückstellung von Manu-  
skripten erfolgt nur bei Ein-  
sendung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme  
des Montags täglich (11h)

6. Jahrgang.

Dienstag, 26. Jänner 1926.

Nr. 22.

## Ein Bankstandal.

Nach fast zweimonatiger Dauer wurde in Brünn der Prozeß gegen vierzehn Funktionäre der im Jahre 1922 verfallenen Moravsko-slezka banka zu Ende geführt. Das Urteil war ein gnädiges, nur fünf der Angeklagten wurden verurteilt, davon zwei bedingt, während acht freigesprochen wurden. Immerhin liegt hier einer der wenigen Fälle aus der Zahl der vielen Skandalaffären vor, in denen es bis zur gerichtlichen Verurteilung wenigstens einiger der schuldigen Personen kam; weit mehr sind auf dem Wege dahin irgendwo stecken geblieben, ohne daß heute noch ein Hahn danach krähen würde. In den mit dem Krach dieser tschechisch-nationaldemokratischen Bank verbundenen Verfehlungen konnte nicht vorbegegangen werden, denn er wirkte damals — das öffentliche Gewissen war durch die vielen anderen, später folgenden Affären noch nicht so arg abgestumpft — wie eine Bombe, schon deshalb, weil es sich bei dem Zusammenbruch um die Existenz von Massen kleiner Sparer handelte und eine Auswirkung des Krachs auf das wirtschaftliche Leben befürchtet wurde. Besonders aber, weil die Leiter dieses Bankunternehmens, das neben seinem Hauptgeschäft in Brünn 24 Filialen in den Städten Mährens und Schlesiens besaß, es gar zu arg getrieben hatten. Der Krach deckte Schweinereien in einem Umfange auf, die an die ärgste Zeit der Schwindelunternehmungen der berüchtigten Gründerzeit erinnerten.

Die kriminelle Verfehlung der Leiter der Bank ist gewiß eine schwere, aber sie ist nicht das Ärgste an der Geschichte dieses Bankunternehmens. Es ging und geht vielmehr um ein System, das gerade jetzt, da die Regierung daran geht, Hunderte von Millionen Kronen zur Sanierung der diversen verfallenen Banken flüssig zu machen, die ernsteste Beachtung finden muß. Bestünde der Wille, alle Schuldigen an diesem System, welches das tschechoslowakische Bankwesen lange Zeit hindurch in einen Sumpf verwandelt hatte, zur Verantwortung zu ziehen, die Anklagebank müßte eine Kilometerlange Länge haben und der Staatsanwalt bekäme auch heute noch genug zu tun.

Die Grundursache des Uebels, das noch unermindert fortwuchert, ist die schamlose Bereicherungssucht der Banken, die besonders in den ersten Jahren nach dem Krage alle Schranken und Hemmungen übersprang. Diese Jahre waren dem Aufkommen allerlei zweifelhafter Existenzen und Glückritter außerordentlich günstig. Die tolle Bier nach reichem Erwerb von Reichtum hatte weite Kreise ergriffen. Während die Masse des Volkes Not litt, da es am Notwendigsten fehlte, tanzte die Spekulation, begünstigt durch Politiker und öffentliche Funktionäre, ihren wahnsinnigen Reigen. Reiner, der Waren umsetzte, wollte zurückbleiben, sondern war bestrebt, aus der herrschenden Not Wucherprofite zu ziehen und viele der Banken waren die ersten bei diesem Tanz um das goldene Kalb. Die ursprüngliche Funktion der Banken war der Vermittlungsdienst zwischen dem Finanzkapital und dem produzierenden Kapital. Das änderte sich schon während des Krieges und nahm später einen die Gesamtheit ungeheuer schädigenden Umfang an. Das Geschäft mit Effekten und Valuten war den nach großen Gewinnen gierenden Banken Nebensache und sie, die leicht große Summen flüssig machen konnten, bemächtigten sich in größtem Maße des Warenhandels. Durch Finanzierung kapitalbedürftiger Unternehmungen wurden sie zu deren eigentlichen Eigentümern, sie errangen Einfluß auf ihre Kalkulation und Führung, vereinigten die einzelnen ineinander greifenden Zweige der Industrie und des Handels. Infolge des hohen Zinsfußes und der hohen Gebühren für die Vermittlung bei finanziellen Transaktionen wurden die Banken ein Hauptfaktor bei der Verteuerung der Warenpreise, was sich um so gefährlicher auswirkte, je mehr ihr Einfluß auf die Industrieunternehmungen stieg. Mit diesem wirtschaftlichen Einfluß stieg aber auch der Einfluß der Banken auf die Staatsverwaltung. So konnte es geschehen, daß eine der kleinsten

## Die Militärkontrolle Deutschlands auf unbestimmte Zeit verlängert

Angebliehe Nichterfüllung der Abmachungen vom November 1925.

Paris, 25. Jänner. (Tschechoslowakisches Preßbureau.) Der Vorsitzende der interalliierten Militärkontrollkommission in Berlin General Walsh überreichte heute dem Vorsitzenden des Militärausschusses Marschall Foch einen umfangreichen Bericht über den Stand der deutschen Abrüstung. Der Rapport enthält alle Details zu den vier Punkten der deutschen Verpflichtungen, auf die sich Deutschland und die Alliierten auf Grund eines Abkommens des deutschen Volschafters von Hoersch am 24. Oktober einigten.

Die interalliierte Militärkontrollkommission konstatiert eine ganze Reihe erster Verfehlungen und namentlich bezüglich der deutschen Sicherheitspolizei, des Generalstabes und der geheimen militärischen Bünde heißt es, daß Deutschland mit einer solchen Verzögerung der ganzen Angelegenheit vorgeht, daß man fast von keinem Fortschritt seit November 1925 sprechen könne, wo es zu einer prinzipiellen Ueber-

kunft zwischen den alliierten Offizieren im Foch-ausschuß und den deutschen Polizeilehrern gekommen sei.

Wiewohl diese Nichterfüllung der Verpflichtungen teilweise mit der deutschen Regierungstrübe entschuldigt werden könne, konstataren die alliierten Kontrolloren nichtsdestoweniger, daß die deutsche Unbereitschaft in zahlreichen Fällen vollkommen klar ist. In diesem Sinne dürfte der Bericht des Generals Walsh, der dem definitiven Berichte der Kommission angegeschlossen wird, im ganzen lauten.

Die interalliierte Militärkontrollkommission, welche ursprünglich beabsichtigte, Berlin gleichzeitig mit der Beendigung der Besetzung Kölns zu verlassen, mußte, weil Deutschland seine Verpflichtungen nicht erfüllt hat, ihre Kontrolltätigkeit fortsetzen, welche infolge des Umstandes, daß die Lage ständig bedeutend kompliziert erscheint, auf unbestimmte Zeit verlängert werden wird.

## Luthers Regierungserklärung.

Mißtrauensanträge der Opposition. — Abstimmung Freitag.

Berlin, 25. Jänner. (Eigenbericht.) Im Reichstage ist die Programmklärung des Reichstagslers Dr. Luther für die neue Regierung für morgen nachmittag angelegt. Die Abstimmung über die Billigungsformel der Regierungsparteien bezw. das Mißtrauensvotum der Oppositionsparteien soll am Freitag erfolgen. Bisher haben die Volkshen und die Kommunisten ein Mißtrauensvotum angekündigt. Die Sozialdemokraten werden ihre Stellungnahme von dem Inhalt der Erklärung abhängig machen.

## Der „unparteiische“ Gehler

nimmt die Wilhelmianischen Schranken in Schutz.

Berlin, 25. Jänner. (Eigenbericht.) Reichswirtschaftsminister Gehler hat einen Brief an den Vorsitzenden des Untersuchungsausschusses über die Niederlage Deutschlands im Kriege gerichtet, in dem er zunächst behauptet, daß die Beschuldigungen gegen den Korvettenkapitan Canaris völlig unbegründet (?) seien. Er habe Weisungen erteilt, daß die Kommissare des Reichswirtschaftsministeriums sich jeglicher Parteinahme bei der

der politischen Parteien, die nationaldemokratische, weil hinter ihr mächtige Bankengruppen standen, schier den stärksten Einfluß im Staate auszuüben vermag.

Auch ältere Banken wurden vom Fieber der Spekulation ergriffen, um wieviel mehr die neugegründeten, die in der Zeit dieses Gründerums, wie Pilze nach einem warmen Regen, aus der Erde schossen. Der schonungslosste Konkurrenzkampf der Banken, der letzten Endes auf dem Rücken der konsumierenden Bevölkerung ausgetragen wurde, wurde bei den neuen Bankunternehmungen von der Sucht nach rascher Erlangung von reichen Gewinnen beflügelt, wobei keinerlei Rücksicht auf die Verhältnisse und Opfer geübt wurde. Das Volk machte im Elend zu Grunde gehen, wenn nur die Banken gediehen und ihren Aktionären fetter Dividenden zahlen konnten.

In dieser Atmosphäre konnte die in der Moravsko-slezka banka betriebene Schand- und Luderwirtschaft üppig gedeihen. Mit Sittenstreichlein werden keine Banken geleitet, ihre Gewinne fließen oft genug aus den trüben Quellen des Wuchers, was schließlich auch auf die Personen der Funktionäre nicht ohne Einfluß bleibt. Die Bank spekulierte und ihre Dividenden stiegen, solange die Verhältnisse der Spekulation günstig waren. Da wollten auch höhere und niedere Beamte der Bank nicht zurückstehen, sie spekulierten auf den Namen des Instituts, wobei sie die Gewinne einsteckten, die Verluste zu Lasten der Bank buchten. Direktoren und Verwaltungsräte übten ihren protektionistischen Einfluß dahin aus, daß zahlreichen Firmen in der gewissenlosesten Weise, ohne entsprechende Sicherstellung, in die vielen Hunderttausende und sogar in die Millionen gehende Kredite gewährt wurden, durch welche

## Das zweite Kabinett Luther

Aus Berlin wird uns geschrieben:

Vor kurzem ist ein Buch erschienen, das das parlamentarische Getriebe im neuen Deutschland schildert. Das Wertwürdige dabei ist, daß als Verfasser ein deutschnationaler Abgeordneter zeichnet, ein Mann also, von dem man erwarten müßte, daß er sich bestig gegen die Herrschaft des Parlaments wendet und die „gute, alte Zeit“ lobt, in der der Kaiser alles, der Reichstag dagegen nicht viel zu sagen hatte. Davon ist aber in dem Buche, das den Titel „Die Herrschaft der Fünfschubert“ trägt, nicht die Rede. Im Gegenteil, man erhält den Eindruck, als ob der Verfasser, der Abgeordnete Walter Lam bach, sich mit der parlamentarischen Regierungsform nicht nur abfindet, sondern sie sogar als die allein mögliche für die Zukunft ansieht. Man geht nicht fehl, wenn man diese Auffassung ganz allgemein auch in jenen Rechtskreisen voraussetzt, die zwar öffentlich noch auf Demokratie und Parlamentarismus schimpfen, in Wirklichkeit aber die Wiederkehr der früheren Regierungssysteme nicht wünschen.

Man versteht nunmehr aus, weshalb die Neubildung der Regierung, die sich doch durch viele Wochen hingezogen hat, von geringerem Spekt der Rechtspreffe begleitet wurde, als man das früher bei solchen Gelegenheiten gewohnt war. Das mochte vielleicht auch daran liegen, daß der Reichspräsident Hindenburg, der Nationalheld aller deutschen Patrioten, der doch mit seinem ganzen Wesen im Vergangenen wurzelt, sich bisher im Allgemeinen an die Verfassung der Republik gehalten und auch bei der jüngsten Krise nicht den Versuch gemacht hat, dem Drängen einiger politischer Abenteuerer nach Aufriehung einer „Diktatur“ nachzugeben. Allerdings hat diese veränderte Einstellung der Rechtskreise zum parlamentarischen System auch ihre gefährliche Seite. Sie deutet darauf hin, daß die bestehenden Klassen in Deutschland ihre Vormachtstellung auch im neuen Deutschland aufrechtzuerhalten streben, und daß ihnen der Parlamentarismus gut genug ist, um ihn für ihre eigenen selbstjünglichen Zwecke zu gebrauchen.

Bei dem zweiten Kabinett Luther sind die Rechtsparteien nicht ganz auf ihre Rechnung gekommen. Der offene Einfluß der Schwerindustrie und Großagrarier ist ausgeschaltet, die Deutschnationalen sind in der neuen Regierung nicht vertreten. Aber sie haben darin einen Verbindungsmanu, den Volksparteiler Curtius, der das wichtige Ressort der Wirtschaft verwalten soll und stets auf die besten Beziehungen zwischen seiner und der Deutschnationalen Partei das größte Gewicht legt hat. In dem Kabinett sitzt ferner der Außenminister Stresemann, unter dessen Führung die Deutsche Volkspartei, die Außenpolitik ausgenommen, immer weiter nach rechts gerückt ist. Schließlich der Reichskriegsminister selbst hat bisher noch keine besondere Neigung dazu gezeigt, eine entschlossene Linkspolitik zu treiben. Die von ihm verantworteten wirtschaftlichen und sozialpolitischen Maßnahmen zeigen stets das Bestreben, das Interesse der breiten Volksmassen hinter die Forderungen der bestehenden Klassen zurückzustellen. Werden die demokratischen Minister, wird der Zentrumsführer Marx ein ausreichendes Gegengewicht gegen die reaktionären Teile des Kabinetts bilden?

Diese Frage muß mit einem Nein beantwortet werden. Zentrum und Demokraten stehen zwar auf dem Boden der republikanischen Verfassung, sie sind in sozialen Fragen nicht ganz so rückschrittlich eingestellt, wie die Deutsche Volkspartei und die Deutschnationalen. Aber auch diese beiden bürgerlichen Verfassungsparteien wollen keine Beschränkung der kapitalistischen Wirtschaft, auch für sie ist der arbeitende Mensch nur das Objekt und nicht das Subjekt der Gesetzgebung, auch sie wehren jedes Eindringen sozialistischer Tendenzen in das Staatswesen ab. Mit anderen Worten, auch die Teilnahme von Mitgliedern der demokratischen und der Zentrumsparthei verändern nicht den Charakter des zweiten Kabinetts Luther als eines bürgerlichen Kabinetts.

Damit ist aber auch die Stellungnahme der Sozialdemokratie zu der neuen Regierung gegeben. Ohne der Beschlußfassung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, die nach der Abgabe der Regierungserklärung erfolgen wird, vorzugreifen, kann doch gesagt werden, daß die Sozialdemokratie die neue Regierung nicht nach ihren Versprechungen, sondern nach ihren Handlungen beurteilen wird. Die Sozialdemokratie wird ihre Haltung als Oppositionspartei wie bisher so auch künftig von den Bedürfnissen des leidenden Volkes bestimmen lassen. Sie wird die Re-

Abgabe ihrer Erklärungen enthalten sollten. Bevor er weitere Kommissare zu den Verhandlungen abordnen könne, scheint es erforderlich, die Grenzen ihrer Minderwirkung erneut festzustellen. Auf Grund dieser Mitteilung war in der heutigen Sitzung des Ausschusses kein Mitglied der Regierungskommission erschienen; es gab auch sonst keine Sensationen.

Der Ausschuß hat in vertraulicher Sitzung festgestellt, daß die von Genossen Dittmann veröffentlichte Broschüre mit seiner Rede kein amtliches Material darstelle. Mit dieser Feststellung bleibt die Tatsache unberührt, daß die jetzt im Druck erschienenen Darlegungen sich in einwandfreier Weise auf das amtliche Material stützen.

## Die Lage in der Mandchurei.

Peking, 25. Jänner. (Neuter.) Der Generalkonul in Charbin sandte dem Sowjetbotschafter in Peking eine Depesche, daß Tschang-Tso-Lin gestern abend angeordnet habe, nicht nur den Direktor der chinesischen Bahn, Twa now, sondern auch alle übrigen Sowjetbeamten und Arbeiter, die in Charbin verhaftet wurden, in Freiheit zu setzen.

Privattelegramme melden, daß die Chinesen die Grenzen absperrten, um den Uebertritt der Roten Armee zu verhindern.

die Bank ungeheuer zu Schaden kam. Als infolge dieser skandalösen Wirtschaft, die noch dazu von der schreienden Unfähigkeit der leitenden Personen gefördert wurde, die Bank in immer größere Schwierigkeiten kam, verlegte sich die Bankleitung aufs Verwischen, bezog feelenruhig aus nicht existierenden Reingewinnen Lantemen und zahlte in Fortführung des Schwindels an die Aktionäre weiterhin recht ausgiebige Dividenden, alles in der Hoffnung, daß die Staatskasse dem patriotischen Unternehmen schließlich schon helfen werde.

Das Empörendste an diesem Vratentum, das übrigens nicht nur auf die Moravsko-slezka banka beschränkt war, ist die Tatsache, daß es Jahre lang fortgesetzt wurde, ohne daß die Kontrollorgane es merkten oder merken wollten. Die Regierung erhielt erst durch den eingetretenen Zusammenbruch von dem Skandal Kenntnis, bis dahin hatten sich ihre Organe zu den gefälschten Bilanzen und den in größter Unordnung geführten Geschäftsbüchern der Bank volles Vertrauen bewahrt. Die Hauptschuldigen an dem Zusammenbruch und den schwindelhaften Geschäften der Moravsko-slezka banka sind verurteilt, sie sind aber nicht die allein Schuldigen. Es gibt ihrer viele, die aber strafflos bleiben werden, obwohl sie durch ihre Unterlassungssünden und ihre Leichtfertigkeit diesen Skandal erst möglich machten. Und es ist nicht der einzige Fall, nur der einzige, der bis vor die Schranken des Gerichts gelangte.

Ist die Regierung nun endlich entschlossen, den eisernen Wesen in Tätigkeit zu setzen, um die Wiederholung solcher, die Interessen der Wirtschaft und der Bevölkerung schwer schädigenden Zustände im Bankwesen unmöglich zu machen?

gierung in allen jenen Maßnahmen unterstützen, die geeignet sind, die ungeschorene Not der wertigen Bevölkerung zu mildern.

Zu auerpolitischem Hinsicht wird die neue Regierung schon in nächster Zeit die Probe zu bestehen haben, nämlich bei der Ausführung des B.Zschlusses, den Einritt Deutschlands in den V.B.S. ...

Der eigentliche Prüfstein für das zweite Kabinett Luther wird seine Haltung zu der unbedingte und schnell gebotenen Hilfsaktion für die Opfer der Krise bilden.

Freilich werden die bürgerlichen Parteien und mit ihnen die Regierung auf die angeblich so schlechte Finanzlage des Reichs, der Länder und der Gemeinden hinweisen, um damit ihren Widerstand gegen jede entschiedene Reform wirtschaftlicher und sozialpolitischer Art zu entschuldigen.

Die Sozialdemokratie knüpft an das Erscheinen des zweiten Kabinetts Luther nur geringe Erwartungen, aber wie sie im vergangenen Jahre, trotz der offenen Rechtsregierung, doch manche Erleichterungen für die arbeitende Bevölkerung durchgesetzt hat, so wird sie auch der neuen Regierung gegenüber die Rechte der Arbeiterklasse zu wahren wissen.

Copyright durch Wilhelm Goldmann Verlag, Leipzig, 1920.

## Die Goldwähler am Klondike.

Roman aus der Zeit der großen Goldfunde in Kanada und Alaska

34 von Emil Drobniger

Die Bläse der verlorenen Zugtiere mühten dann die Männer selbst einnehmen. Mit dem Juggart über die Schulter mußte einer an der Spitze des Gespannes marschieren, während der Partner an der Lenkstrange ging, bis die Zeit kam, die Bläse zu tauschen.

Esker war auf diese Dinge vorbereitet gewesen und hatte noch in Juneau von den beiden Frauen Mollasins für die Hunde anfertigen lassen.

Freilich konnten die Mollasins nur als Notbehelf gelten, und es dauerte auch eine Zeitlang, bevor die Hunde, die sich im Einritzen der Hufen bei schwerem Zug durch die Mollasins behindert fanden, ihren Rhythmus begriffen.

Die nächsten Tage brachten keinen besseren Weg und daher auch kein rascheres Vorwärtskommen. Da die Plukuser bis Sheepsamp fast ganz baumlos waren, hatte man auch an zwei Ab-

# Die Personaleinkommensteuer und die Arbeiter

Vor dem Kriege hat nur ein geringer Teil der Arbeiterschaft Personaleinkommensteuer gezahlt, weil das Existenzminimum 1600 Kronen betrug und es nicht so viele Arbeiter gegeben hat, die mehr als 1600 Kronen im Jahre verdient haben.

Run ist die Personaleinkommensteuer mehrere Jahre nicht vorgeschrieben, beziehungsweise eingehoben worden. Der Staat verlangt aber die rückständigen Personaleinkommensteuern, die die Arbeiter jetzt bezahlen sollen.

Run hat die Regierung im Vorjahre eine Verordnung herausgegeben, wonach die Unternehmer ermächtigt werden, den Arbeitern für die rückständigen Personaleinkommensteuern fünf Pro-

zent abzugeben. Vor dieser Sachlage standen nun die Gewerkschaften und haben sich mit allen Kräften bemüht, die Vorseitigung dieser Verordnung zu erzielen.

Die Kommunisten, welche in den letzten Tagen in einer Reihe von Gebieten Versammlungen über diesen Erlaß einberiefen, benützen dies zu einem Angriff auf die Gewerkschaften, beziehungsweise die Sozialdemokratie.

Wenn die freien Gewerkschaften auch nicht das erreicht haben, was sie angestrebt haben, so haben sie doch einen wichtigen Erfolg für die Arbeiterschaft errungen.

## Die Staatserhaltenden und das Parlament.

Die Koalitionsprelle ist über den Versuch der deutschen Sozialdemokraten, die Einberufung des Parlamentes zu beschleunigen, sehr ungeduldet.

Danach kann es nicht Wunder nehmen, wenn die „Rozodni Politika“ den Antrag als reine Demonstration abtat, der gegenüber das Blatt — nach Erneuerung der „Polsa“ rufi.

„Die Leitung der Koalition wird sicher das nötige tun, um diese Demonstration zu bereiten“.

läßt erkennen, daß zwischen der Koalition und der slowakischen Volkspartei die Verhandlungen bereits im Gange sind.

Die „neuen Methoden“, die bei Installation des verneierten Kabinetts Svěcha so pomphaft angekündigt wurden, zeigen sich also im schönsten Licht.

Es fiel ein feiner Schnee. Mit ihm war die Kälte gekommen. Sie hatten alle so wenig Schlaf gehabt, daß die neben dem Schlitzen hergehenden Frauen verschiedene Male wankten und taumelten.

Während des ganzen Nachmittags und Abends hielt sich die Temperatur auf etwa 20 Grad unter Null.

Man hatte den Tag über wieder eben nur genügend Holz für die Bereitung der Abendmahizeit, mit einem kleinen Rest für den Morgen, einzusammeln können.

Gegen Morgen schlug aber die Temperatur wieder um und es wurde so kalt, daß Esker und Paterson es in ihren Schlafhäuten nicht aushalten konnten.

Man entschloß sich daher trotz der frühen Stunde das Lager abzubrechen und sich auf den Trail zu begeben, um wenigstens in Bewegung zu sein, wenn man auch nicht damit rechnen konnte, in der Dunkelheit eine große Wegstrecke zurückzulegen.

Das auch die „Proger Presse“ alles in Ordnung findet, ist selbstverständlich. Die Insinuation, daß die ganze Aktion der Widerheit eigentlich der Verärgerung darüber entspringe, daß die deutschen Sozialdemokraten nicht mehr im Präsidium vertreten sind und sich daher vor allem gegen die in diesem Punkte bevorzugten Landbündler richten, ist einer Polemik nicht würdig.

Aber solche Gedankengänge zeigen das Niveau einer Politik sehr deutlich an, die sich laut: „Pa. ger Presse“ in „mühseligen Verhandlungen, in camera caritatis (im stillen Kämmerlein)“ erschöpft.

Die Hinkaleute suchen einen Weg... Das Organ der slowakischen Volkspartei, „Slovak“, unterbreitet den Antrag, die tschechoslowakischen Parteien mögen noch vor der Aufnahme der Verhandlungen über die Lösung des slowakischen Problems einen gemeinsamen Antrag ausarbeiten.

Zentralisierung zum Zwecke der tschechisierung. Während in der tschechischen Presse mit Rücksicht auf das slowakische Problem viel von der notwendigen Dezentralisierung der Verwaltung die Rede ist, wissen die „Rozodni“ von der „Reorganisation der politischen Verwaltung in Gultschin“ zu berichten.

In der Zeit des Abbaues. In das neue Gehaltsystem sollen auch die Geistlichen einbezogen werden. Die Regelung ihrer Bezüge erfordert eine Summe von 58 Millionen Kronen.

Wieder ein neues Argument gegen die Anerkennung Australiens glaubt Dr. Kramat entdeckt zu haben. In den „Rozodni Listy“ schreibt der einstige Verfechter der panslawistischen Politik: „Die tschechoslowakische Republik, die tschechische Nation, der erste Vorläufer der slowakischen Idee, wird als die Sowjets als rechtlche Beherrscher des Gebietes anerkennen, das früher als Rußland bezeichnet wurde.“

Der Wunsch, zu schlafen, wurde übermächtig. Welche Selbigeit, wenn er den Kopf hatte tief in die Haube seiner Parka stecken und sich in den weichen Schnee strecken können, um zu schlafen — zu schlafen! —

Dann aber raffte er sich mit einer kräftigen Willensanstrengung wieder auf und sprach zu den Hunden, denen es kaum anders erging, um sich und die andern munter zu machen.

Es war schon ziemlich viel Schnee gefallen, und er und Paterson hätten ihre Schneeschuhe anlegen und vor den Hunden hergehen müssen, um den Trail zu „baden“, wenn das nicht schon durch die anderen Reisenden, die sich wahrscheinlich aus dem gleichen Grunde auch schon zu dieser frühen Morgenstunde auf dem Trail befanden und ihnen voraus waren, getan worden wäre.

Das Schneetreiben war bichter geworden. Esker hatte das in seiner Ueberwindung, die heute in dieser auffallenden Stärke doch wohl auf eine Besonderheit der Atmosphäre zurückzuführen war, gar nicht bemerkt.

(Fortsetzung folgt.)

Die Enthüllungen über die deutsche Marine: Aus dem Schuldbuch des Militarismus.

Anjudize hingerichtet. — Die Admirale a's Hochverräter. — Der Kommandant der deutschen Flotte ein Mörder.

Man glaube die Dolchstoßlegende begraben und den Treit über Schuld und Anteil an dem Untergang des alten Deutschland abgeschlossen.

Die erste Meuterei in der Marine soll im Jahre 1917 stattgefunden haben. Schon damals nannte man die Matrosen „verheert“ und besichtigte sie des Vaterlandsverrates.

Gleichzeitig führten die Offiziere ein Schlemmerleben, dessen tägliche Zeugen die Matrosen waren.

Man ging dann gegen die Matrosen mit den schwersten Strafen vor. Lassen wir den Genossen Dittmann selbst sprechen:

Nach den Akten sind von Kriegsbeginn bis Ende 1917 bei der Marine folgende Strafen verhängt worden: 10 Todesurteile, von denen zwei vollstreckt worden sind.

Die Verurteilung im Zuchthaus sei besser gewesen als die an Bord.

Darüber kam es zu viel Unzufriedenheit und zu Hungerstreiks, die politisch gar nicht beeinflusst waren, sondern einfach aus den Verhältnissen selbst hervorgingen.

„Freist Steine statt Brot“.

Ein Obermaat desselben Schiffes, der infolge Niederkunft seiner Frau den Urlaub um einige Stunden überschritten hatte, bekam 10 Tage strengen Arrest.

Nach der russischen Revolution sprach man an Bord über die Friedensresolution des Reichstages und über die internationale sozialistische Friedenskonferenz in Stockholm.

Man drohte den Angeklagten mit Erschießung und lebenslangem Zuchthaus, wenn sie nicht nach Wunsch ausgingen.

Auf diese Weise mordete man die beiden Matrosen Reichpietsch und Köbis, obwohl es er-

wiesen war, daß sie lediglich Stimmung für den annexionslosen Frieden, keinerlei Propaganda für eine Meuterei gemacht hatten.

Admiral Scheer

zu, der sehr gut erkannte, daß die beiden rechtlich unschuldig waren, trotzdem aber das Urteil nicht rückgängig machte.

Die in dem Rechtsgutachten geltend gemachten Bedenken erkenne ich an. Ich gelange aber trotz danach bestehenden Zweifeln zu dem Aufschluß, daß der Gerichtsherr und das Feldkriegsgericht die Bestimmungen des § 90b ZPO richtig ausgelegt haben.

Den 2. September 1917. Scheer, Admiral, Chef der Hochseestreitkräfte.

Man verschwieg diese Dinge dem Reichstag, weil man sehr wohl wußte, daß es sich nicht vielleicht um einen Justizmord, sondern um einen ganz gemeinen Mord handelte.

Die Gerichtsherrn sind davon ausgegangen, daß eine Vernehmung der Angeklagten zu einer mildernden Beurteilung der Angeklagten geführt haben würde.

Als man dann die beiden Opfer, die nebenbei bemerkt die Schlacht am Skagerrak mitgemacht hatten, hingerichtet hatte, konnte man leicht erklären, sie seien Agenten der U.S.P. gewesen.

Die beiden Verurteilten hatten Briefe an ihre Angehörigen geschrieben, in denen sie ihre Unschuld beteuerten und die Eltern baten, ein Gnadengesuch an den Kaiser einzureichen.

Menschenjagd und Menschenfallen, wobei sie sich eines Heeres von Soldspiegeln bedienten.

Wegen der Kieler Versammlung wurden schwere Zuchthausstrafen verhängt. Als aber in einem Prozesse der Verteidiger an einen Offizierzeugen die Frage richtete, ob dem Spittel Adams Vorteile und Straßlosigkeit versprochen seien, wurde

daß Offiziere zusammen mit Dr. Loesch die angebliche kriegsverräterische Auffstandsbebewegung selber erst großgezüchtet haben.

Die Antwort unter Berufung auf das Dienstgeheimnis verweigert.

Strupplos erstete man die Tatsachen und Beweise durch willkürliche Unterstellungen. Der Gedanke, daß man sie als Verschwörer betrachten könne, war den Matrosen gar nicht gekommen.

Dobring: Sie wollen also den Frieden, und die anderen, die auf der Liste standen, auch? — Driesen: Jawahl. — Dobring: Was für einen Frieden? — Driesen: Den annexionslosen Frieden. — Dobring: Sie sagen wissenschaftlich die Wahrheit und das wird Ihnen auch angerechnet werden.

Das „Verbrechen“, das er eingestanden hatte, war der annexionslose Frieden.

Zwei Todesurteile sind bereits vollstreckt, ohne daß die anscheinend im Flug sich befindende Bewegung zum Stillstand gekommen ist.

Wie sollte die Bewegung auch zum Stillstand kommen. Die Verpflegungsmißstände, die schlechte Behandlung der Leute durch die Offiziere, die Ungerechtigkeiten in der Urlaubsregelung, der unsmutige Exerzierdrill, die völlige Verständnislosigkeit für die Seele der Mannschaften, alles war nach den Erschießungen genau so wie vorher.

Flottenvorstoß gegen England.

Aus den Zeitungen erfuhr man die Matrosen und Heizer Anfang Oktober 1918, daß die neue Volkregierung des Prinzen Max von Baden den U-Boot-Krieg eingestellt hatte.

Dabei wußten die Admirale, daß vom 26. Oktober an

die Militärgewalt der Zivilgewalt unterstellt war,

also keinerlei militärische Aktionen mehr unter Zustimmung der Regierung unternommen werden durften. Der Operationsbefehl für den 30. Oktober war also offene Meuterei, war Hochverrat gegen die verfassungsmäßige Reichsregierung und gleichzeitig Landesverrat.

Die Untersuchungsakten, die über diese Vorgänge vom 29. und 30. Oktober angelegt worden sind, zeigen klar, daß die Mannschaften das Spiel ihrer Offiziere durchschaut hatten.

Die Gehorsamsverweigerung richtete sich gegen das hochverräterische Vorgehen der Offiziere, die am Abend des 29. Oktober bei Zechgelagen in betrunkenem Zustande vom „ruhmvollen Untergang der Flotte“ geschwätzt und das Ende mit „Ehren“ beschlossen hatten.

Die Ausfagen der Verhafteten, die noch in den ersten Novembertagen den Kriegsgerichtsräten vorgeführt wurden, geben Aufschluß darüber, weshalb die Matrosen ihr Leben nicht mehr aufs Spiel setzen wollten.

Genau wie die Hungertreibungen von 1917 ist auch die Matrosenerhebung von 1918 nicht in die Marine hineingetragen, sondern aus ihr herausgekommen!

Der selbstherrliche Geist der Marinebefehlshaber, der in keiner Weise fähig war, die Realbedingungen eines modernen Volkskrieges zu erkennen und ihnen Rechnung zu tragen, hat den Aufstand hervorgerufen.

Was in der deutschen Marine während des Krieges vor sich ging, das übertrifft noch die Zustände im österreichischen Heer.

Zu den Enthüllungen über die Marinementerei 1917.

Zu den Enthüllungen über die Marinementerei 1917.



Genosse Dittmann.

den Sattel zu heben. Die Gerichte von der Meuterei der Matrosen reduzierten sich auf eine aus Hunger und gerechter Empörung über das Schandsystem der Offiziere geborene, sich in schriftlichen Kundgebungen äußernde Mißstimmung im Jahre 1917 und auf die Revolte im Jahre 1918, die den rebellierenden Admiralen das Best noch zur rechten Stunde aus der Hand nahm.

In den Reden und Artikeln der Deutschen Nationalen wird allerdings auch weiter der

Name des Mörders Scheer

als eines deutschen Helden genannt, werden die einst so vermeintlichen „Blauen Jungen“ als Verräter, Feiglinge und Meuterer beschimpft werden, wird jenes Paß, das den Proletariern in den Skajüten der deutschen Kriegesflotte das Brot vom Munde wegstahl und mit Stod und Arrest die erbitterten Leute zwang, den besoffenen Wüstlingen von Offizieren weiter zu dienen, verberlicht werden.

Deutsche Justiz

Wie sie urteilt, wenn die Getöteten nicht sozialistische Arbeiter sind.

In einer Besprechung des Freispruches der nationalistischen Arbeitermörder Bößing und Bräuer durch das Münchener Schwurgericht spricht der Berliner „Vorwärts“ die Erinnerung an frühere Urteile deutscher Richter auf.

Will man den Freispruch der Arbeitermörder vollkommen würdigen, so muß man sich an das Urteil erinnern, das gegen die Teilnehmer an dem sogenannten „Geißelmord“ in München verhängt worden ist.

So behandelte man die einzigen Fälle, in denen sich die „Mätereipublikaner“ zu Bluträten hatten hinreichend lassen. Über von den „Regierungsgruppen“ nach dem „System Sägom“ sind bei der Einnahme von München mindestens 505 Gefangene erschossen worden, darunter nicht weniger als 390 Zivilisten!

Wir erinnern nur an die vielhische Hin-schlachtung der katholischen Geiseln, die in ihrem Vereinslokal überfallen und auf Befehl des Hauptmanns von Mi-Sutterheim verhaftet wurden. Sie schrien zwar, sie seien unschuldig, aber der Hauptmann sagte, das gehe ihn nichts an.

Das Urteil über diese drei Soldaten fiel deswegen in dem katholischen Bayern so verhältnismäßig hart aus, weil die Ermordeten katholische Geiseln, keine Spartakisten und nicht einmal Sozialisten waren.

Das Urteil über dieses Urteil wird ebenso wie das über die unendlich lange Nordliste des nachrevolutionären Deutschland von der Geschichte gesprochen werden!

Zum 50. Geburtstag Herbert Eulenbergs



Der Dramatiker Herbert Eulenberg, der Verfasser des Dramas „Belinde“...

Der Parteikampf in Rußland. Obstruktion der Arbeiterschaft in Leningrad.

Die Ost-Expreß meldet aus Leningrad: Der Kampf der oppositionell gestimmten Arbeiterschaft in Leningrad gegen die von der Zentralkommission der kommunistischen Partei eingeleitete Kampagne zur Gewinnung der nicht gefügigen Betriebe verschärfte sich von Tag zu Tag...

Im Gegensatz zu diesem eigenen Bericht des im allgemeinen immer gut unterrichteten Ost-Expreß-Bureaus behauptet die Moskauer „Pravda“ in jeder ihrer Nummern das Gegenteil...

Wladan, 22. Jänner. (U.) Das Gouvernementsgericht in Jarin verurteilte eine Gruppe streikender Arbeiter, die wegen Organisation von Streiks angeklagt waren...

Tagesneuigkeiten.

„... er hat keine Schuhe...“

In einer ihrer letzten Nummern — so schreibt uns eine Genossin — wird mit Recht über die hohen Fleischpreise in der Provinz geklagt...

„Josef kann schon seit einer Woche die Schuhe nicht besorgen, er hat keine Schuhe und ich kann ihm noch keine kaufen.“

Niedrige Löhne — hohe Preise, sie haben der heutigen Wirtschaft ihren Stempel aufgedrückt, und sie verhindern sehr oft, daß das Proletariat die bescheidenen Bildungsmöglichkeiten, die wir heute im öffentlichen Schulwesen besitzen, auch wirklich voll ausnützen kann.

Die alte Lante „Bohemia“ erlitt einen hysterischen Anfall, weil wir uns in einer Notiz über die skandalösen Lohnverhältnisse im Prager Deutschen Haus das Recht herausnahmen, über die Klappen der deutschen Hochschüler unsere eigene Meinung zu haben...

Tschechoslowakische Schneiderpost. Ein von einem Egerer Nozar an eine Partei in Eger ausgegebenes Schreiben, das eine Vorladung für den 8. Jänner enthielt, wurde der Partei am 14. Jänner zugestellt...

Eine Arbeiterfamilientragedie. Frau Josefa Gabes, eine arme Kriegs Wittwe in Tropau, bezieht eine monatliche Rente von 70 K. Sie hat dabei einen 17jährigen Sohn zu ernähren, welcher bei einem Tapezierermeister in Lehre steht...

Töbliches Autounfall in Prag. Wie die Polizeikorrespondenz meldet, fuhr der Chauffeur Stanislaw Josef Montag vormittag mit einem Personenautomobil durch die Mysligasse...

fen Bremfens zur Seite wandte, überfahren wurde. Krivanek erlitt einen Schädelbruch und starb bald darauf im Spital...

Ein guter Gang der Brüner Polizei. Samstag wurde in dem Brüner Vorort Hlavošovice von der Brüner Polizei ein verdächtig aussehender Mann verhaftet, der sich als Josef Cudraček ausgab...

Man kann nicht genug vorsichtig sein! Aus Mähr. Strau wird uns gemeldet, daß dieser Tage der Arbeiter J. Brochaska des Arbeiterkonsumvereines „Rudoucnost“ in Mähr. Strau einem Unglücksfälle zum Opfer fiel...

Wegen unreife Preiselbeeren. Am 25. Juli 1925 waren bei Tagelohnbruch 25 Personen in den frisch aufgeförderten Wäldern des Josef Seifert in Durngrün und pfändlichen Preiselbeeren. Das Betreten des Waldes und das Hebelbeerpflücken war ohne Erlaubnis verboten...

Brand eines Zofenhauses während einer Unterhaltung. In Houbetin bei Prag brach in der Nacht auf Sonntag gegen 3 Uhr früh im großen Zofengebäude während einer Tanzveranstaltung des dortigen Zofens ein Brand aus...

Der Ausbau des Prager Verkehrsnetzes. Die fortschreitende Ueberfüllung der wichtigsten Verkehrsadern im Innern Prags drängt zur Durchführung von Maßnahmen, die eine Erleichterung der Frequenz in diesen Straßen herbeiführen sollen...

Prager Polizeibericht. In Groß-Prag verunglückte in den letzten Tagen eine Reihe von Personen beim Rodeln. Der 15jährige Tischlerlehrling...

Rundfunk für Alle!

Programm für heute, den 26. d. M.

Prag, 17: Konzert (italien. Programm); 18.15: Deutsche Sendung auf Wellen 800, Gullas Herrmann-Poljig; Lustige Rezitationen; 20.02: Orchesterkonzert...

Programm für morgen, den 27. d. M.

Prag, 17: Konzert; 20.02: Luft. Gesangs- und Prof. Abend; 20.10: Mozart-Arien; 20.15: Die schönsten Lustspiele der Weltliteratur...

Ab heute veröffentlichten wir stets das Programm des nächstfolgenden Tages, damit es rechtzeitig in den Händen der in entlegenen Gebieten wohnenden Radiofreunde ist.

Karl Klouzal aus Russe erlitt durch Sturz in einen Graben eine schwere Gehirnerschütterung. Der 24jährige Radfahrer Kotal aus Welschowitz...

Vanderveelde, der Führer der belgischen Arbeiterpartei und jetzige Außenminister Belgiens, feierte gestern seinen 60. Geburtstag. Im Jahre 1866 geboren, widmete sich Vanderveelde in frühesten Jugend dem Rechtsstudium...

Möwen als Feinde der Fischei. Die Fischer an der Tischnitz der englischen Grafschaft Kent führen bittere Klage über die schweren Verluste, die die zahlreichen Möwen infolge des kalten Wetters...

Table with exchange rates for various currencies: 100 holländische Gulden, 100 Reichsmark, 100 belgische Franken, etc.



